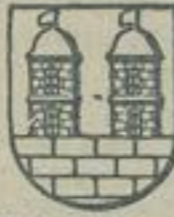


# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags, 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabekosten 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Kosten mit unserer Nummer zu jeder Zeit bei Bestellung entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagenpreise: Die 2spaltige Raumzelle 20 Goldpfennig, die 3spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3spaltige Reklametzelle im restlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachverfolgungsbefreiung 20 Goldpfennig. Besondere und Wagnerscheiben herkömmlich. Anzeigen für die Reichweite der Zeitung sind nach Möglichkeit anzunehmen bis zum 10 Uhr durch Fernruf übermündeten Anzeigen übernahmen wir keine Garantie. Jeder Reklamationspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Reklamationsstellen entgegen.

Nr. 10. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Politisch: Dresden 2640 Dienstag, den 13. Januar 1925

## Fünf Jahre Versailles.

Man hatte in Deutschland geglaubt, daß der Januar Erleichterung bringe, daß wir nach den furchtbaren Vorfällen, die uns der 10. Januar 1920, der Tag der Ratifikation des Versailler Vertrages, auf die ach so müden Schultern legte, nun die Last soweit gemildert erhalten würden, als jener Vertrag uns das als unser Recht für den 10. Januar 1925 versprochen. Nichts ist geschehen. Nicht nur im Röhner Brückenkopf bleiben die Truppen der Entente stehen, weit darüber hinaus sind auch große Teile des Ruhrgebietes besetzt und wann die fremden Soldaten hinausgehen werden, das wissen wir nicht. War nicht auch die Erleichterung unserer handels- und sozialpolitischen Beziehungen, die der 10. Januar 1925 bringen sollte, nur eine Hoffnung — ist die Wirklichkeit nicht auch eine ganz andere? Gerade weil die Ententemächte ihre Truppen auf für uns unabsehbare Zeit am Rhein und an der Ruhr stehen lassen, üben sie ja einen unüberwindlichen Druck aus auf die Verhandlungen, die über die Neugestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zur Zeit stattfinden. Leicht ist das Wort vom deutschen Volk mit Frankreich ausgesprochen, aber wir dürfen dabei die Waffen nicht überschätzen, über die wir verfügen. Weit härtere haben die Gegner und wir sind im Laufe dieser fünf Jahre trotz festen Willens immer wieder zusammengebrochen.

Fünf Jahre Versailles, — eine Bergeshöhe von Schicksalsschlägen, eine Ansammlung von Leiden, Mühen und Tod sind diese fünf Jahre. Was damals im Mai 1919, als jenes furchtbare Diktat bekannt wurde, wie ein Schrei des Entsetzens durch ganz Deutschland ging — der Vertrag ist unerfüllbar! — das hat sich als Wahrheit herausgestellt. Er ist nicht ein Dokument des Friedens, geschweige denn der Völkerverständigung; er ist nur die Geißel, die die Entente immer wieder auf uns herabsinken läßt. Und man darf nicht daran rühren, darf die Geißel nicht eine Geißel nennen, sondern soll sich bereit erklären, durch das Gewissen verpflichtet zu sein, diesen Schlägen den Rücken hinzuhalten. Immer wieder brach die Entente den Vertrag, was sie selbst bekannte. Ist es nicht selbstverständlich, daß ein gebrochener Vertrag auch für uns nicht mehr existieren dürfte? Aber von hoher amtlicher Seite mußte erklärt werden, daß wir auch dann den Vertrag erfüllen müßten, wenn seine Grundlage, seine „moralische“ Grundlage, wenn man dieses Wort in diesem Zusammenhang überhaupt gebrauchen darf, nämlich die Beschuldigung Deutschlands, der Veranlasser des Weltkrieges zu sein, auch beseitigt sein wird. Und zwar moralisch verpflichtet — ihn loyal auszuführen, also gewissenhaft, im Gewissen verpflichtet.

Jene angebliche deutsche Schuld am Kriege war die erste Lüge, die von einer geschickten Ententediplomatie in die Welt hinausgeschleppt wurde. Fortzugen mußte Böses sie gebären und die größte Lüge ist der Geist von Versailles. Wie ein graues Spinnengewebe liegt diese Lüge auf der deutschen Seele, es gelang bis jetzt nicht, sie hinwegzureißen. Schlimmer ist's denn je nach diesen fünf Jahren Versailles; anstatt alle unter dem Druck dieses Friedens mühsam dahinzuwandern Deutschen zu einem, hat diese größte Lüge uns nun noch selbst zersplittert und zerstückelt. Wenn sie uns geeint hätte, dann hätte sie wenigstens ein Entree gehabt. Doch auch das blieb aus, und das ist das Schlimmste an ihr.

Fünf Jahre Versailles, — nach weiteren zehn Jahren sollte die Last von unseren Schultern weichen. Die Hoffnung ist schwach geworden, daß die so verkündete Umwandlung der Welt von einem Reich brutaler Macht zu einem Reich der Gerechtigkeit und des Rechtes erfüllt wird. Wir sehen um uns nur das eine: die fünf Jahre hindurch und immer weiter und weiter: nur jene brutale Macht der Bajonette, Fernkanonen und Bombenflugzeuge regiert. Wir sehen ihr wehr- und waffenlos gegenüber. Vor zwei Jahren verführte Voltaire den Aufruhr und die Politik seiner Macht, nicht seines Rechtes hat bisher gesiegt. Man bleibt in Köln, man bleibt an der Ruhr, — die Machtvollmacht bleibt und die Gerechtigkeit verhilft trauernd ihr Haupt.

## Trendelenburgs neue Verhandlungen.

Ablehnung des Provisoriums.

Paris, 11. Januar.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat gestern dem Handelsminister Rahns die Stellungnahme der deutschen Regierung sowohl über das von Frankreich vorgeschlagene Abkommen wie über das Gesamtproblem der Handelsverhandlungen bekanntgegeben. Eine nochmalige Zusammenkunft der beiden Delegationsvorsitzenden ist für morgen anberaumt. Es sei die von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation abgegebenen Erklärungen weiter geprüft und erörtert werden.

Was diesen Mitteilungen geht hervor, daß Deutschland den Provisoriumsentscheidungen abgelehnt hat, ohne seinerseits einen Gegenvorschlag zu machen. Die deutsche Auffassung kann dahin charakterisiert werden, daß Deutschland es für unerlässlich hält, zunächst einmal eine Verhandlungsbasis für einen endgültigen Handelsvertrag zu suchen und dann erst die Frage zu erörtern, was bis zum Inkrafttreten des endgültigen Vertrages geschehen soll.

## Rundgebung des Rheinlands gegen das Unrecht v. Köln

### Marx und Adenauer.

Berlin, 10. Januar.

Auf Anregung führender politischer und wirtschaftlicher Kreise des besetzten Gebietes hat der Reichskanzler Dr. Marx im Beisein der Mitglieder des Reichskabinetts und des preussischen Staatsministeriums sowie der Vertreter der Länder eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten aus dem Rheinland empfangen. Es waren erschienen die Vorstände der Ausschüsse der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Stadt- und Landkreise, der Presse, die rheinischen Abgeordneten usw.

Als Vorsitzender der Abordnung hielt der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Hoffnung der Rheinländer, daß am 10. Januar 1925 die nördliche besetzte Zone, in der 2 1/2 Millionen Deutsche wohnen, geräumt werden würde, zunichte geworden sei. Die Haltung der Besatzungsmächte stehe in schärfstem Gegensatz zu der Loyalität, mit der das besetzte rheinische Gebiet die vertragsmäßige Besetzung jahrelang getragen habe, und die unklare Haltung der Entente lasse die Besorgnis auskommen, daß auch künftige Räumungstermine nicht innegehalten werden könnten. Die Rheinländer möchten nun gern wissen, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um den Verträgen Geltung zu verschaffen.

### Rede des bisherigen Reichskanzlers.

Dr. Marx erwiderte, daß er diese Ansprache herbeigewünscht habe, da er ja selbst Rheinländer sei. Die Haltung der alliierten Mächte sei ein Unrecht, das dem ganzen Deutschland angetan werde, und das ganz Deutschland als solches empfinde. In der deutschen Note sei nachgewiesen worden, wie unhaltbar die Gründe seien, die die Alliierten für die Nichträumung angäben. Man müsse erwarten, daß die nachträgliche Räumung nicht ins Ungeheuer gesteckt wird.

Die Reichsregierung werde nicht vergessen, daß es sich bei diesem politischen Kampfe um das Schicksal von Millionen lebendiger Menschen und treuer deutscher Patrioten handelt.

Sie habe in ihrer Antwortnote noch einmal den Willen zur Verständigung betont und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß im Wege neuer Verhandlungen die Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden können.

### Oberbürgermeister Dr. Adenauer

nahm nun noch einmal das Wort, um sich im Namen der Abordnung mit den Ausführungen des Kanzlers im großen und ganzen einverstanden zu erklären.

Er glaube aber betonen zu müssen, daß man im unbesetzten Deutschland der rheinischen Frage nicht die Beachtung schenke, die sie erheische. Man vergesse über Parteigegensatz alles Wesentliche, und es sei tief zu bedauern, daß Deutschland in den wichtigsten Wochen seit dem Zusammenbruch seine verhandlungsfähige Regierung habe.

Wie es aber auch sein möge, dem Reichskanzler gedöhrte der Dank aller für alles, was er für die Rheinländer

getan habe, und es sei nur zu wünschen, daß auch die neue Reichsregierung in außenpolitischer Hinsicht denselben Weg weitergehe.

In einer Schlußansprache verwies Marx noch einmal in warmherziger Weise auf die unzertrennbare Zusammengehörigkeit des besetzten und des unbesetzten Deutschlands.

## Kölns Einspruch gegen die Nichträumung

Eigener Fernsprekdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Köln, 11. Januar. In sechs großen Versammlungen erhob heute die Bürgerschaft Kölns klammernden Protest gegen die Nichträumung der nördlichen Zone. Bürger der verschiedenen politischen Richtungen waren zu Tausenden dem Rufe der politischen Parteien gefolgt. Eine einseitige Versammlung war von den Besatzungsbehörden nicht zugelassen worden. In allen Versammlungen traten Parlamentarier und andere führende rheinische Persönlichkeiten auf, die in klaren Worten den Vertragsbruch kennzeichneten. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der kaum zum Leben erwachte Glaube an einen ehrlichen Verständigungswillen aufs tiefste erschüttert worden sei. Die lange gehaltenen Hoffnungen seien aufs bitterste enttäuscht worden. Das Vorgehen der Ententemächte wurde als Rückfall in die Methode der Sanktionen und Diktate bezeichnet. Die Nichträumung der nördlichen Zone habe den Beweis erbracht, daß trotz aller gegenteiligen Erklärungen Hoff und Machegeißel noch immer die politischen Entschlüsse unserer ehemaligen Gegner beherrsche.

## Ein deutsch-italienisches Handelsprovisorium.

Eigener Fernsprekdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Rom, 11. Januar. Die lange Dauer der deutsch-italienischen Verhandlungen, die gestern nachmittag zum Abschluß eines modus vivendi bis zum 31. März führten, ist nicht auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, sondern auf schwierige Ausgleichsverhandlungen über einzelne Positionen des Abkommens zurückzuführen. Das Provisorium ist auf Wunsch beider Delegationen nur für eine kurze Zeit zustandekommen, damit der eigentliche Handelsvertrag möglichst schnell zum Abschluß gebracht werden kann. Ueber die politische und wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Vertrages herrscht in beiden Delegationen Übereinstimmung. Die Zugrundelegung der Rechtsbegünstigungsklausel als Basis ist gesichert, doch wird ihre Anwendung auf verschiedene Positionen in den weiteren Verhandlungen nicht ohne Schwierigkeiten abgehen. Der Abschluß des Provisoriums wird von der italienischen Presse allgemein als günstige Vorbereitung für den Handelsvertrag bezeichnet. Die Blätter erklären, daß beide Länder im Begriff stünden, ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen wiederherzustellen. „Journal d'Italia“ hebt besonders die vermittelnde Tätigkeit des deutschen Bevollmächtigten Baron v. Neurath bei den Verhandlungen hervor.

## Sondierungen.

n. Berlin, 10. Januar.

Was tagelang erwartet wurde, trat in den gestrigen späten Abendstunden ein: der bisherige Reichskanzler Marx legte den Antrag zur Regierungsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Alle nunmehr durch drei Wochen sich hinziehenden Bemühungen des Kanzlers waren gescheitert. Das negative Resultat wurde durch eine amtliche Mitteilung bekanntgegeben, nach der Feststellungen bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergeben hätten, daß sie so wohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen das durch Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in schärfster Opposition treten würde. Deshalb hätte Marx die Möglichkeit einer Kabinettsbildung durch ihn nicht mehr gesehen. Der Reichspräsident empfing am gleichen Abend den Reichsminister Dr. Stresemann sowie den deutschen nationalen Führer Hg. Schiele und den sozialdemokratischen Führer Hermann Müller. Später hatte der Reichspräsident dann eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther. Von vorher als möglicher Kanzler bei einem Scheitern der Marx bezeichnet wurde. Marx sollte seinen Entschluß nach einer Unterredung mit den bisherigen Kabinettsmitgliedern Stresemann, Luther, Brauns, Gessler und Hamn, in



Dr. Luther.

der nun heraussteht, daß diese die Fortsetzung der Bemühungen des Reichskanzlers für aussichtslos erklärten. Besonders Dr. Luther betonte dabei, in einem durch Staatssekretäre ergänzten Kabinett könne er nicht verbleiben. Die Deutschnationalen sollen auf einem parlamentarischen Kabinett bestehen und eine sog. überparteiliche Regierung nur als eine Notlösung ansehen. Bis in die späten Nachmittagsstunden war aber ein Antrag des Reichspräsidenten an Dr. Luther entgegen den allgemeinen Erwartungen nicht ergangen. Dr. Luther nahm jedoch Sondierungen bei den Parteien vor, die den ganzen Tag beanspruchten. Der den Demokraten zugerechnete Reichswehrminister Dr. Gessler, dessen Stellung in letzter Zeit etwas umstritten war, teilt dem Berliner Tageblatt mit, die Behauptung, er hätte ein überparteiliches Kabinett ohne Rückendeckung bei der Deutschen Volkspartei nicht machen wollen, treffe nicht zu. Er habe vielmehr in der Unterredung mit Marx ausdrücklich hervorgehoben, daß die parteipolitischen Erwägungen der Herren Dr. Luther und Graf Hamn für ihn als Demokraten selbstverständlich nicht in Betracht kämen, daß für ihn lediglich der sachliche Gesichtspunkt maßgebend wäre, ob das Kabinett arbeitsfähig sei.

Am 14. Januar Regierungserklärung?

Berlin, 11. Januar. Reichspräsident Ebert hat gestern mittag dem Reichstagspräsidenten im Präsidialgebäude den angekündigten Gegenbesuch abgelehnt. Der Reichspräsident teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß Dr. Luther den Antrag zur Bildung einer Regierung noch nicht angenommen habe, sondern zunächst Rücksprache mit den Parteiführern nehme. Der Reichspräsident hielt es aber für fraglos, daß für die nächste Sitzung des Reichstages am 14. Januar die Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.